

Mitteilung Nr. MIT-		/ (wird von 00 eingetragen)	
zur Anfrage nach § 36 GOSTVV des Stadtverordneten der Gruppe vom Thema:		AF- 48/2012 Franz Simmler FRAKTION BÜNDNIS 21 - PIRATEN 22.11.2012 Beratungs- und Betreuungsangebote für neue Einwohner aus den neuen EU- Mitgliedsländern aus Mittel- und Osteuropa	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0	

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Mitbürger aus den neuen EU-Mitgliedsländern aus Mittel- und Osteuropa haben sich in Bremerhaven seit dem 01.Mai 2011 wohnhaft gemeldet?
2. Wie ist der Verteilungsschlüssel der neuen Einwohner nach EU-Ländern?
3. Welche Beratungs- und Informationsangebote im Hinblick auf ihre Rechtspflichten und Rechtsansprüche über den Aufenthalt in Deutschland gibt es für die neuen Mitbürger?
4. Sind diese in ihrer Muttersprache erhältlich und wo können sie diese erhalten?
5. Gibt es stationäre Anlaufstellen in Bremerhaven, wo diese Mitbürger Unterstützungsangebote erhalten können und werden sie dort in ihrer Muttersprache beraten?
6. Wenn eine muttersprachliche Beratung nicht gegeben ist, auf welchem Wege werden die Informationen dann vermittelt? Im Falle eines Dolmetschers, wer trägt die Kosten für diesen?
7. Welche weiteren Unterstützungsangebote neben der Beratung gibt es?
8. Wie werden etwaige Hilfs- und Unterstützungsangebote an die neuen EU-Mitbürger herangetragen und wie werden diese angenommen?

II. Der Magistrat hat am 23.01.2013 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

zu 1.: In der Stadt Bremerhaven haben sich seit dem 01.05.2011 2.159 Personen aus Mittel- und Osteuropa angemeldet. In dem angegebenen Zeitraum wurden 1.301 Personen aus Mittel – und Osteuropa abgemeldet.

zu 2.: Der Verteilungsschlüssel der neuen Einwohner nach EU-Ländern sieht folgend aus:

809 polnische Staatsangehörige,
752 bulgarische Staatsangehörige,
261 rumänische Staatsangehörige,
149 ungarische Staatsangehörige,
84 lettische Staatsangehörige,
63 litauische Staatsangehörige,
15 slowenische Staatsangehörige,
13 slowakische Staatsangehörige,
12 tschechische Staatsangehörige,
1 estnische Staatsangehörige.

zu 3.: Diesem Personenkreis stehen alle Beratungsstellen der Sozialleistungsträger offen (z.B. Sozialamt, Jobcenter, Krankenkassen Jugendhilfeträger). Der Magistrat hat am 12.12.2012 beschlossen, für einen zeitlich befristeten Zeitraum eine zusätzliche Beratungsstelle speziell für diesen Personenkreis einzurichten. Die Beratung soll im Wege einer Ausschreibung einem Träger übertragen werden.

Daneben hält das Gesundheitsamt Beratungsangebote und das Sozialamt eine allgemeine Beratungsstelle für ausländische Mitbürger/innen und Aussiedler vor.

zu 4.: Die zusätzliche Beratungsstelle wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, Sprachbarrieren abzubauen.

zu 5.: Im Gesundheitsamt gibt es folgende Anlaufstellen:

- a: AIDS-Beratungsstelle und Beratungsstelle bei sexuell übertragbaren Erkrankungen
- b: Humanitäre Sprechstunde
- c: Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (u.a. Familienberatung und frühkindliche Gesundheitsförderung)
- d: Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz bei geplanter Arbeitsaufnahme im Zusammenhang mit Nahrungsmittel.

Eine muttersprachliche Beratung ist nicht möglich, wäre aufgrund der verschiedenen Sprachen auch nicht darstellbar.

zu 6.: Die Mitarbeiter/innen im Gesundheitsamt sprechen unter anderem Englisch, Französisch, Spanisch, Thai und Russisch. Momentan besuchen Mitarbeiterinnen der humanitären Sprechstunde einen Türkischsprachkurs, da die Mehrheit der bulgarischen Zuwanderer/innen türkisch spricht.

zu 7.: Im Amt für Jugend, Familie und Frauen stehen alle Unterstützungsangebote auch dieser Zielgruppe zur Verfügung. Sie werden wahrgenommen.

Im Schulbereich werden außerhalb der Schulpflicht keine Beratungs- und Informationsangebote für die neuen Mitbürger/innen vorgehalten. Die Kinder und Jugendlichen er-

halten über die Schulen Sprachförderung.

Elterngespräche erfolgen unter Hinzuziehung von Dolmetschern, wenn sie erforderlich sind.

Im Gesundheitsamt wird neben der Beratung, Diagnostik und Therapie bei sexuell übertragbaren Erkrankungen angeboten.

In der humanitären Sprechstunde erfolgt eine medizinische Basisversorgung, bei Bedarf werden die Patient/innen an niedergelassene Ärzte oder Krankenhäuser überwiesen. Der humanitären Sprechstunde ist eine Clearingstelle vorgeschaltet, die eine Beratung zur möglichen Überführung in das medizinische Regelversorgungssystem vorsieht.

In übrigens wird auf Pkt. 3 verwiesen

zu 8.: Niedrigschwellige Förderangebote des Amtes für Jugend, Familie und Frauen, wie z.B. Familienzentren haben die Zielsetzung, dass Hilfs- und Unterstützungsangebote auch für neue Mitbürger/innen einfacher zugänglich werden. Sie werden wahrgenommen (s.Pkt.7)

Die AIDS/STD – Beratungsstelle genießt seit vielen Jahren aufgrund der Niedrigschwelligkeit des Angebotes und der Anonymität großes Vertrauen. Aus diesem Grund kamen bereits in der Vergangenheit immer wieder Menschen, die keine Teilhabe am regulären medizinischen Versorgungssystem hatten, auf diesem Weg in das Gesundheitsamt.

Die Zahlen sind von 2011 auf 2012 bereits um über 100% gestiegen. Es wurden von Januar 2012 bis November 2012 etwa 500 medizinische Untersuchungen durchgeführt. Hinzu kamen soziale Beratungen in noch größerem Umfang. Mit einem steigenden Bedarf ist zu rechnen.

Die Beratung und Betreuungsstelle für Aussiedler und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger im Sozialamt ist eine Anlaufstelle für diesen Personenkreis. Sie berät die Zuwanderer u.a. in Fragen zum Aufnahmeverfahren und Aufenthaltsbestimmungen, sprachliche und berufliche Fördermöglichkeiten, Vermittlung von Deutsch-Kursen, persönliche Hilfen.

Es werden auch Dolmetscher- und Übersetzungstätigkeiten ausgeübt.

Eine Zusammenarbeit mit diversen Interessenvertretungen in Bremerhaven und Herstellung von Kontakten zu zuständigen Ämtern und Dienststellen gehört auch zu den Beratungsangeboten.

Die neue Beratungsstelle soll zusätzlich die Migranten aus den neuen EU-Ländern, schnell in die Gesellschaft in Bremerhaven zu integrieren und in verschiedenen Bereichen, wie:

- Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, Ausländerrecht
- Gesundheitsversorgung
- Sozialversicherungsrecht
- Schule und Kindergarten
- Sprachkurse
- Rückkehrberatung

unterstützen.

Grantz
Oberbürgermeister